

---

Der Irak seit 1958

---

Von der Revolution

---

zur Diktatur

---

Eine Studie von

---

Marion Farouk-Sluglett

---

und Peter Sluglett

---

edition suhrkamp

---

SV

es 1661  
edition suhrkamp  
Neue Folge Band 661

Der vorliegende Band untersucht die Entstehungsgeschichte des modernen Irak seit seiner Unabhängigkeit 1921 bis zur Invasion in Kuwait im Jahre 1990. Im Mittelpunkt steht dabei der Zeitraum ab 1958, dem Zeitpunkt, als eine Gruppe von Offizieren die Republik ausrief. 1969 setzte mit der Machtübernahme durch die Bath-Partei eine diktatorische Entwicklung ein, in der von da ab alle Vollmachten sich in den Händen von Saddam Husain konzentrierten. Die Entwicklung dieses Systems auf innenpolitischer Ebene (Politik gegenüber den Kurden), auf ökonomischem Gebiet (Nationalisierung der Ölproduktion) und in der Außenpolitik (Krieg gegen den Iran) analysieren die beiden Autoren in historischer und struktureller Dimension.

Dieses Buch ist nicht nur unter aktuellen politischen Gesichtspunkten von Interesse, sondern bietet einen generellen Zugang zu einer Region, die mehr und mehr im Zentrum des Geschehens stehen wird.

Peter Sluglett  
Marion Farouk-Sluglett  
Der Irak seit 1958

*Von der Revolution  
zur Diktatur*

Aus dem Englischen von  
Gisela Brock

Suhrkamp

*Titel der Originalausgabe:*  
Iraq Since 1958: From Revolution to Dictatorship

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1991  
edition suhrkamp 1661  
Neue Folge Band 661

© Marion Farouk-Sluglett/Peter Sluglett 1987, 1990

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1991

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,  
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung  
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages  
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Uhl + Massopust, Aalen

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept  
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11661-6

## *Inhalt*

Vorwort zur deutschen Ausgabe . . . . .	7
<i>Erstes Kapitel</i> Irak vor der Revolution von 1958 . . . . .	11
<i>Zweites Kapitel</i> 1958–1963 . . . . .	57
<i>Drittes Kapitel</i> 1963–1968 . . . . .	97
<i>Viertes Kapitel</i> 1968–1972 . . . . .	119
<i>Fünftes Kapitel</i> 1972–1975 . . . . .	161
<i>Sechstes Kapitel</i> 1975–1980 . . . . .	183
<i>Siebentes Kapitel</i> Wirtschaft und Gesellschaft seit 1958 . . . . .	225
<i>Achtes Kapitel</i> Der Krieg zwischen Irak und Iran . . . . .	264
<i>Neuntes Kapitel</i> Der Irak seit 1986: Das Erstarken Saddams . . . . .	276
Anmerkungen . . . . .	291
Bibliographie . . . . .	335
Ausführliches Inhaltsverzeichnis . . . . .	347



## Vorwort zur deutschen Ausgabe

In den fünf Jahren seit der Entstehung des größten Teils dieses Buches hat es im Mittleren Osten bedeutende Veränderungen wie auch bemerkenswerte Kontinuitäten im wirtschaftlichen und politischen Bereich gegeben. Trotz der wirtschaftlichen Schwächung des Iraks durch den Krieg mit Iran blieb Iraks Führung stark und intakt genug, um seinen Anspruch auf die Vorherrschaft in der Region aufrechtzuerhalten. Obwohl elementarste Menschenrechte ohne Unterlaß verletzt worden sind, unterstützte der Westen den vermeintlich »starken« und prowestlichen Irak auch weiterhin – genau diese Unterstützung hatte entscheidenden Anteil daran, daß Irak den Krieg gegen Iran »gewinnen« konnte.

Grob gesagt scherte sich der Westen kaum noch um die Ereignisse im Mittleren Osten, nachdem das iranische Regime 1988 besiegt worden war; der Krieg zwischen Iran und Irak war für den Westen ohnehin nicht von besonderem Interesse gewesen. Abgesehen von gelegentlichen halbherzigen Plänen verschiedener amerikanischer Regierungen zur Lösung des arabisch-israelischen Konflikts wurde etwa Israel kaum unter Druck gesetzt, um mit den Palästinensern zu verhandeln – trotz der *Intifada* und der Anerkennung Israels durch die PLO im Dezember 1988. *Pereostroika* und *Glasnost* lenkten die Aufmerksamkeit des Westens auf die sozialistischen Länder, und die neue Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Westen brachte eine Beruhigung der internationalen Spannungen, die große Auswirkungen für den Mittleren Osten haben sollte. Die eher diktatorischen Herrscher des Mittleren Ostens waren beunruhigt über die Veränderungen in Osteuropa und insbesondere über den gewaltsamen Sturz der Diktatur in Rumänien: Sie befürchteten ähnliche Protestbewegungen der eigenen Bevölkerung. Wenn sie auch nicht an die Oberfläche gelangten, so waren die späten achtziger Jahre im Mittleren Osten dennoch geprägt von erheblichen politischen Spannungen, die noch dadurch verstärkt wurden, daß sich die wirtschaftliche Situation einerseits wegen der weltweiten Rezession und andererseits wegen der anscheinend unerbittlichen Talfahrt des Ölpreises ständig verschlechterte. Insbesondere verringerten sich die Arbeitsmöglichkeiten in der Golfregion und in Saudi-Arabien für



Gastarbeiter aus den ärmeren arabischen Staaten. Dadurch gingen die Geldüberweisungen dieser Arbeiter in ihre Heimatländer stark zurück, so daß auch das Nationaleinkommen der Nichtölstaaten sank. Alle diese Spannungen kulminierten in den Problemen, die im Zuge der Invasion Kuwaits durch Irak im August 1990 zutage traten.

Zuerst wurde die Hilflosigkeit der Regierungen Saudi-Arabiens und der Golfstaaten angesichts der Invasion offenkundig, gleichermaßen das Ausmaß ihrer Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, so daß viele Bürger nach der Legitimität selbst der scheinbar stabilsten Regierungen der Region fragten. In anderen Teilen der arabischen Welt reagierte die Bevölkerung mit Frustration und Wut auf die zögerlichen und unkoordinierten Gegenmaßnahmen der meisten Regime. In dieser Reflexreaktion kam bei großen Teilen der arabischen Massen deren Unterstützung für die irakische Invasion zutage – weniger aus Überzeugung von der Richtigkeit der Sache denn als Ausdruck der Frustration sowohl über den moralischen und politischen Bankrott ihrer eigenen Regierungen als auch über die ungleiche Verteilung des Wohlstands und damit der politischen Macht in der arabischen Welt insgesamt. Für die Reflektierteren unter ihnen wurde immer deutlicher, wie dringend notwendig verantwortungsvollere und rechenschaftspflichtige Regierungen in der Region waren.

Die Invasion Kuwaits hatte aber noch andere wichtige Konsequenzen für den Mittleren Osten. Erstens wurde Saudi-Arabiens Position innerhalb der Region und als Verbündeter der Amerikaner erheblich gestärkt, obwohl die Legitimität der Regime in Kuwait und in Saudi-Arabien in Frage gestellt wurde und weiterhin in Frage gestellt werden wird, solange die herrschenden Oligarchien alle Macht in ihren Händen behalten. Saudi-Arabien verdoppelte seine Ölproduktion und seine Ölexporte, als Irak und Kuwait ihre Exporte stoppten; es wendete eine Energiekrise ab, indem es die Ölpreise unten hielt und gleichzeitig sicherstellte, daß es die Kontrolle über die OPEC – wenigstens vorläufig – behielt. Zweitens wurden die Vereinigten Staaten stärker als je zuvor in die arabische Welt eingebunden, wenn auch nominell unter der Ägide der Vereinten Nationen. Drittens zerbrach die fragile Einheit der arabischen Welt: Araber stehen anderen Arabern gegenüber, und die Zukunft der Palästinenser wie auch die Jordaniens in der arabischen Welt sieht ziemlich trist aus.

Heute, Ende März 1991, ist unmöglich vorherzusehen, wie sich die Dinge selbst in der relativ nahen Zukunft entwickeln werden. Es ist schwer vorzustellen, daß Saddam Husain sich unbegrenzt an der Macht wird halten können, zumal sein Regime von so vielen Irakern abgelehnt wird. Trotzdem verschafft die Tatsache, daß er bisher überlebt hat – nachdem der Krieg, für den er die Hauptverantwortung trägt, die totale Niederlage und eine furchtbare Zerstörung über Irak gebracht hat –, einen tiefen Einblick in das Wesen seines Regimes gibt.

Angesichts des nahezu totalen Chaos unmittelbar nach dem Krieg und der Niederlage wie auch der Demütigung der Streitkräfte war das Regime ernstlich geschwächt, und die Bevölkerung konnte wenigstens ihre aufgestaute Feindseligkeit zum Ausdruck bringen. Allerdings erfolgten die Aufstände in den verschiedenen Teilen des Landes eher wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sekte oder Rasse als zu einer politischen Partei. Dabei spielte die sunnitische arabische Bevölkerung offenbar nur eine kleine oder gar keine Rolle. Die Tatsache, daß die Aufstände von schiitischen Radikalen und kurdischen Nationalisten oder Separatisten angeführt wurden, ist nur teilweise mit der Heterogenität der irakischen Gesellschaft zu erklären; im Grunde ist sie das Ergebnis zweier Jahrzehnte Bathischer Intoleranz gegenüber jeglicher oppositioneller Organisation und rücksichtslosen Vorgehens gegen sie.

Die Monopolisierung der politischen Arena durch das Regime hat alle Ansätze zur nationalen Integration verkümmern und verzerren lassen und den Einzelnen zurückgeworfen auf »ursprüngliche Loyalitäten«. Folglich konnten nur solche Bewegungen überleben, die auf Sektenzugehörigkeit oder ethnischen Gruppen basierten, die kurdischen Stämme oder die schiitischen Moscheen hinter sich hatten. Aus Gründen, die zu vielfältig sind, als daß sie hier dargelegt werden könnten, ist die religiöse Organisation der sunnitischen Araber im Irak immer sehr viel loser und weniger politisiert gewesen, und die Moslebrüder, die in Ägypten und Syrien aktiv sind, sind im Irak nie sonderlich einflußreich gewesen.

Die Geschichte Iraks seit der Revolution von 1958, die dieses Buch erzählt, ist eine Tragödie, die Anfang 1991 in der völligen Zerstörung des Landes kulminierte. Die Invasion Kuwaits und die Ereignisse, die sie in Bewegung setzte, spiegeln auf komprimierte und konzentrierte Art viel von dem wider, was im Irak seit der Revolution »schiefgelaufen« ist. Was auch immer die Zukunft für

das kraftvolle, fähige und mutige Volk Iraks bringen mag, alle, die um sein Wohl besorgt sind, müssen an der Hoffnung festhalten, daß es diese Schreckenstage nicht vergeblich durchgestanden hat und daß letztlich doch irgendein positives Ergebnis dabei herauskommen möge.

London, März 1991

*Marion Farouk-Sluglett*  
*Peter Sluglett*

## Irak vor der Revolution von 1958

Von einer Grenzprovinz im Osmanischen Reich bis zur militärischen Besetzung durch die Briten, 1550–1914

Bis zur Landung der Truppen aus Britisch-Indien in Fao, also bis Ende 1914, war das Gebiet, das den heutigen Irak umfaßt, nahezu 400 Jahre lang nominell Teil des Osmanischen Reiches. Das Abbasiden-Kalifat mit Bagdad als kommerziellem, politischem, intellektuellem und geistigem Zentrum der islamischen Welt hatte seit dem 10. Jahrhundert ständig an Bedeutung verloren und verschwand völlig, nachdem die Mongolen Bagdad 1258 erobert und geplündert hatten. In den folgenden zwei Jahrhunderten wurde das Gebiet zunächst von den mongolischen Ilkhanen und bis zu dessen Tode im Jahre 1405 von Timur dem Prächtigen beherrscht. In den folgenden 150 Jahren regierten zunächst Herrscher türkischer Abstammung, nämlich die beiden turkmenischen Staatenbünde Kara Koyunlu und Ak Koyunlu, dann die Safaviden und schließlich die Osmanen, die den Safaviden im Jahre 1516 Mosul und Kurdistan entrissen hatten und 1555 Basra und Bagdad annektierten.

Obwohl die Osmanen den Irak bereits im 16. Jahrhundert erobert hatten, erfolgte die Einverleibung des Gebietes in das Osmanische Reich nur schrittweise. Das Ausmaß der osmanischen Kontrolle war über die Jahrhunderte sehr unterschiedlich, so daß dieser Prozeß für die jeweiligen Bewohner des Gebietes keineswegs immer erkennbar war. Nehmen wir etwa das Beispiel Bagdads: Zu Beginn des 17. Jahrhunderts wurde die Stadt den Osmanen durch örtliche Kräfte entrissen, 1623 von den Safaviden erobert, die bis zur Rückeroberung durch die Osmanen im Jahre 1639 in der Stadt blieben. Bereits 1704 war es jedoch mit der direkten osmanischen Kontrolle schon wieder vorbei, diesmal zugunsten einer Mamelucken-Dynastie, die Bagdad und große Teile des übrigen »Irak« bis 1831 regierte. Erst nachdem ein Osmanisches Heer die Mamelucken besiegt hatte, begann der Reintegrations-Prozeß, genauer, der eigentliche Integrationsprozeß der irakischen Provinzen in das Osmanische Reich. Insgesamt erfreute sich Irak wie viele andere

Teile des Reiches in der Zeit zwischen der Eroberung und der Mitte des 19. Jahrhunderts relativer ökonomischer und fiskalischer Autonomie.<sup>1</sup>

Eine Folge dieser relativen Unabhängigkeit war, daß eine wirksame administrative Kontrolle nur mit Hilfe oder zumindest durch die Vermittlung der Provinznotabeln, Stammesfürsten oder militärischen Führer möglich war. Wenn auch diese Leute fast immer versuchten, eine Bestätigung für die Rechtmäßigkeit ihrer Herrschaft von den osmanischen Behörden in Istanbul einzuholen, so agierten sie doch auf regionaler und lokaler Ebene in einer Art und Weise, daß nur wenigen Menschen in den drei Provinzen Basra, Bagdad und Mosul überhaupt bewußt war, daß sie Teil eines größeren politischen Ganzen waren. Wegen der großen Entfernung von Istanbul und der schlechten Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen reichte die Autorität der Zentralregierung zumindest bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts kaum über die Städte hinaus, in denen die größten Garnisonen stationiert waren. Aus diesem Grund konnten sich die arabischen Stämme in den Wüsten und wüstennahen Gebieten und die kurdischen Bergbewohner den Truppen der Zentralregierung bis zur Errichtung des britischen Mandats im Jahre 1920 erfolgreich widersetzen. Ein weiterer wichtiger Grund, der auch spätere Staatsgründungsversuche vereitelte, lag darin, daß die drei Provinzen keine geopolitische oder ökonomische Einheit – wie etwa Ägypten oder Syrien – darstellten. Bis zur Eröffnung des Suezkanals im Jahre 1896 war Basra zum Golf hin und nach Indien orientiert; Bagdad war wichtige Zwischenstation auf dem Landweg von Syrien nach Iran; und Mosul verfügte über engere wirtschaftliche Beziehungen zu Anatolien und Aleppo als zu Bagdad.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts begann sich diese Situation allerdings zu ändern. Istanbul zeigte auch an den unzugänglicheren Teilen des Reiches größeres Interesse. Obwohl die neuen osmanischen Gesetze und Verwaltungsvorschriften, die unter dem Namen Tanzimat bekannt sind, nur zögerlich angewandt wurden, wurden die wichtigsten Reformen doch auch in den drei irakischen Provinzen durchgesetzt, um sie in das homogener werdende Herrschaftssystem einzubeziehen.<sup>2</sup> Diese Versuche der Zentralregierung, ihre Kontrolle über die Provinzen auszudehnen, erfolgten in einer Zeit, in der auch die Handelsbeziehungen zwischen Europa und dem Osmanischen Reich zunahmen, in der insbesondere die

Briten immer stärkeren Handel im Irak tätigten<sup>3</sup> und in der das Gebiet allmählich von einer Subsistenzwirtschaft in eine Exportwirtschaft verwandelt wurde.

Die Bemühungen zur Wiederherstellung der osmanischen Kontrolle wurden in den Amtsperioden der beiden Gouverneure von Bagdad, Mehmed Resid (1852–57) und Namik (1861–68) verstärkt und von ihrem berühmteren Nachfolger Midhat Pascha (1869–72) fortgesetzt. Alle drei bemühten sich, die Bewässerung des Landes zu verbessern, die staatliche Kontrolle auf die Stämme auszudehnen und höhere Staatseinnahmen zu erzielen. Die letzten beiden Ziele versuchten sie dadurch zu erreichen, daß sie die Dorfscheichs in deren Stammesgebieten in »offizielle Positionen« einsetzten. Diese Politik wurde später und in gewissem Sinne auch effektiver von den Nachfolgern der Osmanen betrieben, wenngleich die britische und die ausschließende irakische Verwaltung weniger an der Erschließung neuer Einnahmequellen als daran interessiert waren, die ländlichen Gebiete mit dem geringsten Aufwand für die Zentralregierung zu befrieden und zu kontrollieren.

### Wirtschaft und Gesellschaft, ca. 1850–1914

Durch die Eröffnung des Suezkanals und die Einführung der Dampfschiffahrt auf Euphrat und Tigris wurde der Irak zum Getreideexporteur für den Golf und Indien. Der Wert der Getreideexporte stieg von durchschnittlich 140000£ pro Jahr (1867–1871) auf fast 8 Millionen£ in den Jahren 1912–13, also in rund 40 Jahren um das Zwanzigfache.<sup>4</sup> Mit diesem Exportzuwachs ging eine beachtliche Ausweitung der Anbaufläche von etwa 100 000 auf etwa eine Mio. Acres einher.<sup>5</sup> Unter diesen Umständen erhielten Fragen von Grund und Boden (Besitzgrenzen, Pachtbedingungen) eine große Bedeutung, die zu entsprechenden Reibereien in einer noch ungeklärten Situation führten.

In seiner Amtszeit als *wali* von Bagdad versuchte Midhat Pascha, wenn auch mit geringem Erfolg, den Ottomanischen Bodenkodex von 1858 auf den Irak anzuwenden und dadurch die Macht des Staates als Steuereintreiber auszudehnen.<sup>6</sup> Hauptzweck des Kodex – im Irak wie überall im Osmanischen Reich – war, die Steuerhoheit zurückzugewinnen, die der Staat *de facto* seit langem

verloren hatte, weil er sich auf Steuerpachtsysteme eingelassen hatte.<sup>7</sup> Dieser Zweck hätte jedoch nur erreicht werden können, wenn es klar definierte Besitzrechte gegeben hätte. Im Irak, in dem sozio-ökonomische und politische Faktoren die Herausbildung von Privateigentum an Grund und Boden<sup>8</sup> verhindert hatten, stand der Kodex in direktem Widerspruch zu den Stammesgesetzen, denen zufolge der Boden dem Stamm gehörte. Er hing nicht von formellen Zuweisungen durch die Regierung ab, sondern von der Fähigkeit der Stammesangehörigen, das von ihnen kontrollierte Land gegen andere Stämme zu verteidigen.<sup>9</sup> Ergebnis der Einführung des Kodex war, daß Besitzurkunden (*tapu sanads*), die unveräußerliche Besitz- und Nutzungsrechte verliehen, auf der Grundlage nichtssagender Nachweise an städtische Kaufleute, ehemalige Steuereintreiber, Scheichs und andere Personen vergeben wurden, die gewitzt genug waren, »die Vorteile zu erkennen, die der Besitz solcher Papiere ihnen gewährte«<sup>10</sup>, und die auf diese Weise zu Großgrundbesitzern wurden.

Diese *de facto*-Übertragung des Besitzrechts durch Urkunden (*tapu*) hatte zur Folge, daß die *tapu*-Besitzer keinen triftigen Grund mehr sahen, Steuern zu zahlen, da es ja keinen funktionierenden Apparat mehr gab, der sie dazu hätte zwingen können. Die Osmanen sahen sich so unversehens durch eben jene Machtbefugnisse bedroht, die sie gerade hatten einführen wollen. Nach 1881 wurden deshalb keine *tapu* mehr vergeben<sup>11</sup>, und in den darauffolgenden 30 Jahren unternahmen die Osmanen mehrere Versuche, die Ländereien wieder zurückzugewinnen, die sie mehr oder weniger unabsichtlich veräußert hatten. Bis zum Vorabend der Besetzung durch die Briten im Jahre 1914 war deshalb nur ein geringer Teil des Staatslandes registriert. Staat und Mächtetern-Grundbesitzer befanden sich in einem echten Interessenkonflikt.<sup>12</sup>

Eine weitere Folge war, daß aufstrebende Grundbesitzer, darunter viele Scheichs, ihre Autorität nicht übermäßig strapazieren konnten, weil sie sonst riskiert hätten, zwischen die Fronten zu geraten. »In jenen Tagen«, erinnerte sich ein Stammesangehöriger aus dem südlichen Irak, »... war es gefährlich für den Scheich, viele Mitglieder des Stammes gegen sich zu haben.«<sup>13</sup> Durch den Erwerb von *tapu*-Rechten verloren z. B. die Sa'duns, eine bedeutende Scheichfamilie im mittleren Euphratgebiet, »die traditionelle Achtung, die der Muntafik-Stamm ihnen bis dahin entge-

gebracht hatte, weil sie seitdem als abwesende Grundbesitzer angesehen und verachtet wurden.«<sup>14</sup>

Der Konflikt zwischen Scheichs, osmanischem Staat und den Stammesangehörigen im Hinblick auf die Grundbesitzfrage und die osmanische Politik des »Teile und herrsche« hätten mit den Folgen der Einführung der Marktwirtschaft über kurz oder lang zum allmählichen Zerfall der Stammesbünde und gleichzeitig zum Autoritätsverlust der traditionellen Stammesfürsten geführt.<sup>15</sup> In dem Maße, in dem die Subsistenzwirtschaft mit zunehmender Integration der irakischen Landwirtschaft in den Weltmarkt untergraben wurde, begannen viele Scheichs in ihren Stammesangehörigen eine Einnahmequelle durch ihre Vermarktung als tüchtige Kämpfer zu sehen, obwohl sie gegen die Übergriffe anderer Stämme oder des osmanischen Staates immer noch auf ergebene Anhänger angewiesen waren.

Mit diesen veränderten Bedingungen vollzog sich auch ein allmählicher Wandel in der Beschäftigungsstruktur. Aus den vorhandenen Quellen geht hervor, daß die Zahl der seßhaften Bauern seit etwa 1867 zunahm, während die Zahl der Nomaden zurückging. Der Anteil der Nomaden an der ländlichen Bevölkerung sank zwischen 1867 und 1930 von 35 auf 7 Prozent, während der Anteil der seßhaften Bauern im selben Zeitraum von 41 Prozent auf 68 Prozent stieg.<sup>16</sup> Auch wenn diese Zahlen mit Vorsicht betrachtet werden müssen, weil die verschiedenen Kategorien nur schwer voneinander unterschieden werden können, so ist doch ein Trend in Richtung Seßhaftigkeit unverkennbar.<sup>17</sup> Die Position der Scheichs wurde dadurch geschwächt, bis die britische Besetzung die Lage ein für allemal änderte, indem sie die Scheichs aus ihrer Abhängigkeit von den Stammesangehörigen befreite und deren Interessen mit denen des Staates verknüpfte.

## Die letzten Jahre der osmanischen Herrschaft

Wenn auch die Bedeutung der Institution des Tanzimat nicht überschätzt werden sollte<sup>18</sup>, so steht doch fest, daß der Reformprozeß großen Einfluß auf das soziale und intellektuelle Leben in den irakischen Provinzen hatte. Insbesondere bedeutete die Gründung von modernen Schulen in den wichtigsten Städten gegen Ende des 19. Jahrhunderts, daß immer mehr junge Iraker in das



zivile und militärische Establishment in Istanbul aufstiegen, wo sie mit ähnlich sozialisierten Kollegen aus anderen Teilen des osmanischen Reiches zusammentrafen. Viele hingten den Ideen von Konstitutionalismus und Liberalismus an, die damals überall diskutiert wurden.

Zwischen 1839 und 1876 war der Gedanke des »Osmanismus« (*Osmanlilik*), demzufolge alle Bürger des osmanischen Reiches – ob Moslems, Christen, Araber, Griechen oder Türken – vor dem Gesetz als gleich galten, von den Tanzimat-Reformern beharrlich verteidigt worden.<sup>19</sup> 1876 wurde eine Verfassung und eine Art parlamentarischer Regierung eingesetzt. Im Laufe der langen Herrschaft 'Abd al-Hamids II. (1876–1909) wurden diese liberalen Tendenzen jedoch durch einen despotischeren Stil ersetzt. Gleichzeitig griff der Gedanke, daß die Araber eine klare ethnische und sprachliche Einheit bildeten und daher auch das Recht auf Autonomie innerhalb des Reiches haben müßten, unter den arabischen Intellektuellen immer weiter um sich. Die repressiven Seiten der Herrschaft 'Abd al-Hamids verschafften dieser Idee immer größere Verbreitung in den arabischen Provinzen.<sup>20</sup>

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts rekrutierte sich die Opposition gegen den »neuen Despotismus« in erster Linie aus einer losen Koalition, deren Mitglieder sich als Angehörige einer neuen Generation »Jungtürken« nannten und die aus über das ganze Reich verstreuten Protestgruppen und Exilgruppen in Europa kamen.<sup>21</sup> Das 1887 gegründete Komitee für Einheit und Fortschritt, das weitgehend aus Armeeeoffizieren bestand, wurde zur wichtigsten Gruppe mit Niederlassungen in Paris, Genf, Kairo und London.<sup>22</sup> Als das Komitee 1908 jedoch die Macht übernahm und 1909 den Rücktritt 'Abd al-Hamids erzwang, wurde klar, daß sein Hauptziel die Stärkung des *türkischen* Elements im osmanischen Reich war und daß die neue Ordnung keinerlei Raum für die Autonomie der Provinzen und dezentrale Verwaltung vorsah. An diesem Punkt gelangten viele arabische Intellektuelle und politische Aktive zu der Überzeugung, daß den kulturellen und politischen Vorstellungen der »Araber« besser durch die Abtrennung der arabischen Provinzen vom übrigen Reich oder gar durch die Schaffung eines arabischen Staates mit einem König gedient sei. Einige waren sich durchaus bewußt, daß die Erreichung dieser Ziele den europäischen Mächten, insbesondere Großbritannien, durchaus nicht ungelegen käme.<sup>23</sup>

Im Hinblick auf dieses Ziel wurden in verschiedenen Teilen des Reiches arabische Geheimbünde ins Leben gerufen. Einer dieser Geheimbünde, *al-‘Abd*, der 1914 von ‘Aziz ‘Ali al-Misri gegründet worden war, bestand hauptsächlich aus irakischen Offizieren, von denen viele in der Zeit des Mandats und der Monarchie führende Politiker wurden – darunter Nuri al-Sa‘id, Ja‘far al ‘Askari, Yasin al-Hashimi, Jamil Midfa‘i, Naji Shawhat, Maulud Mukhlis und ‘Ali Jawdat.<sup>24</sup> Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte die Idee der Loslösung der Araber vom Osmanischen Reich, wenn auch noch ohne den Hintergedanken, einen separaten irakischen Staat zu gründen, bereits große Teile der politisch Aktiven erfaßt. Einige dieser irakischen Offiziere spielte eine Rolle in der von den Briten unterstützten sharifischen Armee, die 1916 die arabische Revolte im Hijaz entfachte.

## Die britischen Interessen im Irak und in der Golfregion

Das britische Interesse im Irak entsprang der Sorge um den Schutz der Route nach Indien und des Schiffsverkehrs gegen Piratenüberfälle, die von den Golfküsten aus operierten. In den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts nahm Großbritannien mit fast allen Herrschern der Scheichtümer am Golf Handelsbeziehungen auf. In der darauffolgenden Friedensperiode konnten britische Kaufleute an beiden Golfküsten unbeschränkten Handel treiben, so auch mit dem Irak, dessen Exporte – in erster Linie Datteln und Getreide – zwischen 1870 und 1914 stetig zunahmen. Umgekehrt stiegen auch die Importe aus England – hauptsächlich Textilien, die über Basra ins Land kamen – von 51 000 £ in den Jahren 1868–70 auf 1 128 000 £ zwischen 1879 und 1899 und 3 066 000 £ in den Jahren 1907–09. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges betrug Großbritanniens Anteil am Handelsvolumen des Iraks und der Golfregion 9 600 000 £, etwa Dreiviertel des Gesamtvolumens.<sup>25</sup>

Zur selben Zeit lockte ein neuer Faktor die europäischen Regierungen und kommerziellen Interessen in die Golfregion. In Masjid-i-Sulaiman, Südiran, waren 1908 große Ölfelder entdeckt worden. Ein Jahr später wurde die Anglo-Persian Oil Company (APOC) gegründet. 1914 exportierte die Raffinerie in Abadan bereits eine Viertelmillion Tonnen Öl. Das Unternehmen zog bald das Interesse der britischen Regierung auf sich, was sich seit 1914

in dem Zusammenspiel zwischen Admiral Fisher (seit 1886 als »Ölnarr« verschrien<sup>26</sup>) als Erstem Seelord und Churchill als Erstem Lord der Admiralität dokumentierte. Aus der Überzeugung, daß Öl *der* Treibstoff der Zukunft sei, waren Churchill und Fisher bemüht, einen Zugang zum Öl zu finden, der näher lag als der Golf von Mexiko, Hauptquelle der britischen Ölimporte. Folgerichtig beschloß die britische Regierung im August 1914, wenige Tage vor Kriegsausbruch, 51 Prozent der Anteile der APOC zu erwerben.

Zur gleichen Zeit bemühten sich rivalisierende internationale Konzerne um Ölkonzessionen im Osmanischen Reich, insbesondere in den Provinzen Bagdad und Mosul. So enthielt die Eisenbahn-Konvention von Bagdad, die 1913 zwischen den Behörden und der Osmanischen Eisenbahngesellschaft von Anatolien (ein von der Deutschen Bank kontrolliertes deutsches Unternehmen) zum Bau der Bagdad-Bahn unterzeichnet worden war, Schürfrechte in einem 20 km breiten Streifen zu beiden Seiten der Bahnlinie. 1911 wurde das Konsortium African and Eastern Concessions gegründet (in dem britische Interessen vorherrschten), an dem die Royal Dutch Shell, C. S. Gulbenkian, die (britische) National Bank of Turkey und die Deutsche Bank beteiligt waren. Sie änderte ihren Namen 1912 in Turkish Petroleum Company (TPC), 1913 fusionierte die TPC mit der APOC, wobei die Anteile zwischen den britischen, deutschen und holländischen Aktionären und Gulbenkian aufgeteilt wurden. Als die britische Regierung die Anglo-Persian im August 1914 übernahm, erhielt auch sie einen entsprechenden Anteil an der TPC.<sup>27</sup> Der Erwerb der Aktien stärkte die kommerziellen und strategischen Verbindungen Großbritanniens zur Region, so daß Großbritannien im Herbst 1914, als absehbar wurde, daß das Osmanische Reich auf Seiten der Mittelmächte in den Krieg eintreten würde, Vorkehrungen zur Wahrung seiner Interessen am oberen Golf traf.

### Britische Besetzung und Mandat, 1914–1932

Am 3. November 1914 schloß das Osmanische Reich ein Bündnis mit Deutschland und erklärte Großbritannien und Frankreich zwei Tage später den Krieg.<sup>28</sup> Am 6. November landete eine Vorhut des Indischen Expeditionskorps »D« in Fao und eröffnete damit den Mesopotamien-Feldzug, in dessen Verlauf dem Osma-

nischen Reich Türkisch-Arabien, wie man die Provinzen Basra, Bagdad und Mosul in britischen Kreisen nannte, entrissen und der Grundstein für das spätere Königreich »Irak« gelegt wurde.<sup>29</sup> Die kleine Truppe und ihre begrenzten Ziele deuten darauf hin, daß die britische Politik zunächst nicht darauf abzielte, Mesopotamien »zu übernehmen«. Da größerer türkischer Widerstand ausblieb, so daß die Truppe am 2. November Basra einnehmen und am 9. November bis Qurna 200 km den Schatt al-‘Arab hinauf vordringen konnte, entstand eine Euphorie, die später ernste und kostspielige Folgen haben sollte.<sup>30</sup>

Unter dem Drängen der Verantwortlichen vor Ort und der indischen Behörden in Simla willigte das India Office in London zögerlich in eine größere Militäraktion ein, die im Herbst 1915 in einem schlecht vorbereiteten Marsch auf Bagdad gipfelte. Die Osmanen sammelten ihre Kräfte noch einmal und schlugen die britischen Streitkräfte bis Kut al-‘Amara zurück, wo sie sich nach einer fünfmonatigen Belagerung ergeben mußten. Schließlich wurde der indischen Regierung die Verantwortung für die Operation entzogen und dem Kriegsministerium übertragen, das Verstärkungen entsandte, so daß britische Truppen Bagdad im März 1917 doch noch einnehmen konnten. Anfang 1918 wurde auch Kirkuk, etwa 300 km nördlich von Bagdad, erobert. Drei Tage nach dem Waffenstillstand von Mudros fielen die Stadt Mosul und der größte Teil der Provinz Mosul in britische Hände.<sup>31</sup>

In der Zwischenzeit hatten die Briten ihre Kontrolle über das von ihnen besetzte Gebiet dadurch gefestigt, daß sie eine zivile Verwaltung einsetzten. Da die meisten Beamten ihre Ausbildung in der Indischen Verwaltung erhalten hatten, übertrugen sie die dort erworbenen Grundsätze auf Unter- und Mittelirak. Da sie bis zur Einnahme Bagdads keine anderslautenden Anweisungen erhielten, war es nicht überraschend, daß das Gebiet wie eine indische Provinz verwaltet wurde. Die einheimische Bevölkerung wurde von britischen Beamten – mit Hilfe »zuverlässiger« örtlicher Helfer – regiert. Nach dem Kriegseintritt der USA auf alliierter Seite im April 1917 wurde klar, daß eine Direktherrschaft in den eroberten Gebieten nicht länger als Teil einer Nachkriegsordnung hingenommen werden würde.<sup>32</sup> Es wurde allerdings auch klar, daß nur wenige Beamte vor Ort bereit waren, die Implikationen dieser neuen Situation zu akzeptieren. Daraus resultierte eine Reihe von Mißverständnissen über Großbritanniens zukünftige Rolle im